



Ulrike Gottschalck, MdB
Gabriele Lösekrug-Möller, MdB
Dr. Matthias Miersch, MdB

Achim Post, MdB
Dirk Becker, MdB
Stefan Schwartzke, MdB

Positionspapier zur Werra-Weser-Versalzung

Kräfte bündeln im Dreiländereck Keine Einleitung von Salzabwässern in die Oberweser

Seit den 1890er Jahren werden im Grenzgebiet von Hessen und Thüringen entlang der Werra hochwertige Düngesalze bergmännisch gewonnen. Aus der Produktion fallen Salzlösungen als Abfall an, von denen ein Teil bereits seit etwa 100 Jahren in die Werra entsorgt wird. Die Werra ist dadurch bis heute der am stärksten mit Salz belastete Fluss in Mitteleuropa. Die Abfälle werden bislang durch Aufhaldung, die flüssigen Abfälle durch unterirdische Verpressung im Plattendolomit und durch Einleitung von salzhaltigen Wässern in die Werra – und damit in die Weser – entsorgt.

Auf Druck der Anliegergemeinden konstituierte sich am 18. März 2008 der Runde Tisch „Gewässerschutz Werra/Weser und Kaliproduktion“ mit dem Auftrag, Lösungen für das Problem der Versalzung der Gewässer zu erarbeiten. **Seine Empfehlung für den Bau einer Nordsee-Pipeline hat er am 9. Februar 2010 verabschiedet. Zudem hält es der Runde Tisch für erforderlich, dass K+S weiterhin den jeweiligen Stand der Technik zur Vermeidung und Verwertung von Reststoffen der Kaliproduktion prüft und bei Anwendbarkeit unverzüglich umsetzt.** Ein Konzept zum Bau der Nordsee-Pipeline sollte Ende 2010 vorliegen. Zwei Jahre passierte jedoch gar nichts. Am 30.11.12 stellte dann der Kasseler Regierungspräsident Dr. Lübcke (CDU) völlig überraschend die Genehmigung einer Pipeline mit Einleitung in die Oberweser und einem 80 ha großen Speicherbecken (125 Fußballfelder) im Raum Hofgeismar (Landkreis Kassel) in Aussicht. Das in Aussicht gestellte Speicherbecken hätte jedoch nur ein Speichervolumen von 7 Mio. Kubikmeter. Dies würde dazu führen, dass die Salzlauge nur abgeleitet werden darf, wenn die Weser Hochwasser hat. Dies kann dazu führen, dass nur in Herbst- oder Wintermonaten eingeleitet werden darf und im Härtefall zu einer knappen Speicherkapazität führen. Die Auswirkungen auf die Umwelt wären schwerwiegend. Am 21.01.2014 beantragte K+S beim RP das Raumordnungsverfahren für eine Rohrfernleitung zwischen Philippsthal und Oberweser und eine „Vorrangfläche für ein erforderliches Speicherbecken im Bereich

des Endpunktes der Leitung“. Der Antrag wurde allerdings wegen erheblicher Mängel zum Nacharbeiten an das Unternehmen zurückgegeben.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten bekennen uns ausdrücklich zu Industriearbeitsplätzen, gleichwohl muss ein modernes Dax-Unternehmen, wie K+S Kali GmbH, auch ökologische Verantwortung tragen. Nur eine zukunftssichere Entsorgung der Produktionsabfälle wird langfristig die Arbeitsplätze von K+S sichern.

Eine Einleitung von Salzabwasser aus der Kaliproduktion über eine Fernleitung in die Oberweser ist weder ökologisch noch ökonomisch sinnvoll, weil damit die Ziele der EU-Wasserrahmenrichtlinie 2000/60/EG (WRRL) nicht erfüllt und keine nachhaltige Verbesserung der Wasserqualität erfolgen würde. Die EU-Kommission hat bereits 2013 ein Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland eröffnet. Hier gilt es Schaden von der Bundesrepublik Deutschland abzuwenden.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Dreiländereck aus Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Hessen werden keine salzhaltige Fracht in die Oberweser und ein Stapelbecken in der Größe von rund 80 ha (125 Fußballfelder) akzeptieren. Die derzeit von K+S geplante Pipeline durch den Landkreis Kassel über Hofgeismar durch den Reinhardswald bis nach Oberweser wäre ein unglaublicher Einschnitt in die Natur und die Tourismusregionen an der Oberweser.

Der Niedersächsische Koalitionsvertrag unterstützt den Vorschlag des Runden Tisches, dass durch K+S die Möglichkeiten moderner Technik geprüft und genutzt werden und erwartet, dass ein unabhängiges Gutachten erstellt wird, um moderne Trennverfahren (Verfestigung der flüssigen Abfalllaugen) zu bewerten. Diesem Vorstoß schließen wir uns ausdrücklich an. Gerade vor dem Hintergrund, dass das Bergbauunternehmen die Möglichkeit einer abstoßfreien Kaliproduktion immer als technisch undurchführbar bezeichnete, dies aber aktuell so nicht mehr aufrechterhält, sondern die Ablehnung „nur“ noch als wirtschaftlich unzumutbar begründet. Eine Studie der RWTH Aachen relativiert dies jedoch, die Wirtschaftlichkeit des Verfahrens sei ohne Frage gegeben, hier speziell im Vergleich mit dem konkurrierenden, leitungsgebundenen Entsorgungsverfahren.

Grundsätzliche Lösungen für eine nachhaltige Verbesserung der Situation beider Flüsse werden dringend benötigt, so die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten der Region Ostwestfalen-Lippe des Landesverbands Nordrhein-Westfalen. Dafür fordern sie K+S ausdrücklich dazu auf, nach Möglichkeiten zur Reduzierung des Salzabwasseranfalls zu forschen und darüber zu berichten. Diese Maßnahmen müssen zur Erreichung der Ziele der Wasserrahmenrichtlinie beitragen. Diesen Forderungen schließen wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Dreiländereck uns ausdrücklich an.

Die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie und damit die Frage, wie dem Problem der Salzbelastung von Werra und Weser begegnet werden kann, ist Aufgabe der Länder. Allerdings hat der Bund wegen der umwelt- und wirtschaftspolitischen Dimensionen Interesse daran, eine für alle akzeptable Lösung zu finden. Er bietet seine fachliche Expertise an, um die vorgelegten Vorschläge für die Reduktions- oder Aufbereitungsverfahren noch einmal zu vergleichen. Diese Prüfung soll der Faktensichtung und Meinungsbildung dienen und wird ergebnisoffen geführt.

Diese, vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, angekündigte unabhängige Überprüfung wird von uns ausdrücklich begrüßt.